



OAW

Österreichische Akademie
der Wissenschaften



INSTITUT FÜR
TECHNIKFOLGEN-
ABSCHÄTZUNG

Juni 2007

Nachlese zur TA'07

Converging Technologies

Internet-Governance

Ethik-Boom

Datenschutz-Gütesiegel

N

E

W

S LETTER

Editorial

Werte Leserinnen und Leser!

Anfang Juni ging nun bereits zum siebenten Mal die österreichische Technikfolgenabschätzungskonferenz über die Bühne. Wie auch in den vergangenen Jahren freuten wir uns als Veranstalter sowohl über viele Reaktionen auf unseren Call for Papers als auch über mehr als hundert TeilnehmerInnen. Die Hälfte der Vortragenden und ein großer Anteil der TeilnehmerInnen fanden den Weg aus Deutschland und der Schweiz zu uns nach Wien.

Mit dem Tagungsthema „TA zwischen Inter- und Transdisziplinarität“ haben wir offensichtlich ein spannendes und anziehendes Thema ausgewählt. Die interdisziplinäre, aber eben auch transdisziplinäre TA-Praxis im Kreise von KollegInnen mit ähnlichen Erfahrungen zu diskutieren, war ein großer Gewinn für alle. Lesen Sie ab Seite 2 unsere Zusammenfassung der Tagung.

Heuer zum ersten Mal folgte auf die Tagung auch gleich das Jahrestreffen des Netzwerks Technikfolgenabschätzung (NTA). Nach zwei einleitenden Vorträgen zum Stand und zu ethischen Perspektiven bildgebender Verfahren in der Hirnforschung wurde insbesondere das Thema der nächstjährigen (immer im Zweijahres-Rhythmus stattfindenden) NTA3-Konferenz diskutiert. Ich freue mich, Sie schon jetzt für 4.–6. Juni 2008 nach Wien einzuladen, denn das NTA hat sich entschieden, nach den ersten beiden Tagungen in Berlin die dritte Tagung in Wien abzuhalten. Die österreichische Konferenz TA'08 wird also mit der NTA3 gemeinsam abgehalten werden. Der Call for Papers wird noch im Juni verbreitet werden. Lesen Sie auch dazu einen Kurzbericht auf Seite 15.

Weiters können Sie in diesem Newsletter einige interessante Tagungsberichte sowie über erste Ergebnisse zweier ITA-Projekte nachlesen. Dabei geht es um Internet-Governance (etwa um den Umgang mit Spam) und um Ethikkommissionen und deren TA-ähnliche Rolle in der Politikberatung.

Michael Nentwich

Inhalt

ITA-Konferenz TA'07

Technikfolgenabschätzung zwischen Inter- und Transdisziplinarität2

ITA-Projekte

EuroPriSe – Auf dem Weg zu einem europäischen Datenschutz-Gütesiegel.....8

Auf dem Weg in die Räterepublik?9

Förderung von DoktorandInnen zur Erforschung elektronischer Demokratie10

TA-aktuell

„Converging Technologies“ – Bericht zu einem internationalen Workshop....11

Internet Governance: Selbstregulierung und Selbsthilfe12

Governance von Biotechnologie = Governance wovon?13

Jahrestreffen des Netzwerks TA.....15

Ist Öffentlichkeitsbeteiligung gleich Öffentlichkeitsbeteiligung?16

Publikationen der letzten 3 Monate.....17

ITA-Veranstaltungen.....20

Kontakt22

Impressum22

Technikfolgenabschätzung zwischen Inter- und Transdisziplinarität

Unter diesem Titel fand am 4. Juni 2007 die siebente österreichische TA-Konferenz statt. Rund 100 TechnikforscherInnen aus dem In- und Ausland trafen sich in Wien und trugen zu spannenden Diskussionen über ein wichtiges und seit langem aktuelles Thema bei.

Kann eine disziplinär organisierte Wissenschaft befriedigende Antworten auf gesellschaftlich relevante Fragen geben? Das bloße Nebeneinander einzelner ExpertInnenaussagen aus verschiedenen Perspektiven gilt in Anbetracht von komplexen Themen wie Umwelt- und Gesundheitsrisiken, sozioökonomischen Aspekte fortschreitender Technisierung oder Herausforderungen an die Bioethik nicht mehr als problemadäquat. Welchen Beitrag kann TA, die sich mit diesen Querschnittsmaterien beschäftigt, leisten, um wissenschaftliche Sichtweisen über die Grenzen einzelner Disziplinen hinweg zu verbinden und ein Bild entstehen zu lassen, das mehr ist als die Summe der Einzelbefunde?

Das Gebot der Interdisziplinarität stößt aber gerade dort an Grenzen, wo ein vertiefter Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft gefordert und relevante Expertise auch außerhalb der Wissenschaft vermutet wird. Mit dem Schlagwort der „Transdisziplinarität“ verbindet sich im gängigen TA-Verständnis die Forderung, außerwissenschaftliche Expertise frühzeitig in den Forschungsprozess einzubeziehen. Die sich daraus ergebenden Spannungsfelder wurden lebhaft diskutiert.

Einleitende Thesen zur Inter- und Transdisziplinarität

Die beiden Hauptvorträge wurden von zwei international anerkannten Forscherpersönlichkeiten gestaltet, dem Soziologen und Juristen Alfons Bora vom Institut für Wissenschafts- und Technikforschung an der Universität Bielefeld und der Wissenssoziologin Sabine Maasen von der Universität Basel.

Alfons Bora wählte für seinen anregenden Vortrag eine historisch-theoretische Perspektive und

sprach über Notwendigkeit und Grenzen von Inter- und Transdisziplinarität in modernen Wissenschaftssystemen.

Historisch gesehen entstanden wissenschaftliche Disziplinen im 17. und 18. Jahrhundert als Antwort auf steigende Komplexität. Disziplinen besetzten eigene Felder, formulierten typische Fragestellungen und leisteten integrative Theoriebildung. Diese ersten Disziplinen waren in ihrer Funktion als „Professionsbildner“ (Universität als Ausbildungsstätte für Verwaltungsbeamte) zum Teil auch „nichtwissenschaftlich“ legitimiert. Der starke äußere Einfluss des Staates ging jedoch nach und nach verloren und die verschiedenen Disziplinen waren in der Lage, autonom Aufgaben und Profile zu entwickeln.

Erst im 20. Jahrhundert stieß die Wissenschaft erneut an Wachstumsgrenzen. Inter- und Transdisziplinarität als Strategien zur Etablierung neuer struktureller Bedingungen zur Sicherung kommunikativer Anschlussfähigkeit traten gewissermaßen als „Reparaturleistung“ auf den Plan. Sie entstanden jedoch „im und zum Schutz“ der Disziplinen.

Ein Beispiel Boras, bei dem sich über Abstimmungen auf der Theorieebene bereits ein neue Stufe der Verfestigung andeute, sei das Forschungsfeld der Nanotechnologie. Von seiner Entstehung her gesehen sei dieses Feld primär als forschungs- und nicht transwissenschaftlich orientiert und daher als interdisziplinäres Unternehmen zu deuten. Wissenschaftlichkeit bleibe als bestimmende Klammer erhalten.

TA geht als Transwissenschaft zum Teil darüber hinaus. Stellt sie im Rahmen von partizipativen Verfahren Kommunikationsarenen zur Vorbereitung von Entscheidungen zur Verfügung, dann betreibe sie Politik und nicht Wissenschaft. Politik ist aber auch auf Orientierungswissen aus der Wissenschaft angewiesen, das TA in der Regel interdisziplinär aufbereitet. Wird schließlich Laienwissen einbezogen, muss dies nicht automatisch auf Transdisziplinarität hindeuten. In vielen Wissenschaften (etwa der Botanik oder dem Naturschutz) gibt es eine lange Tradition, sich auf Informationen von Laien zu stützen.

TA wäre gut beraten, so Bora abschließend, sich selbstreflexiv der disziplinären Grundlagen ihres Handelns zu versichern und ein schlüssiges Modell inter- und transdisziplinären Operierens zu entwickeln.

Einen Gegenpol zum theoretisch geprägten ersten Vortrag bildete *Sabine Maasen* mit einer Analyse von transdisziplinären Projekten.

Maasen beleuchtete in ihrem Vortrag „Transdisziplinarität revisited – Dekonstruktion eines Programms zur Demokratisierung der Wissenschaft“ Transdisziplinarität vor dem gesellschaftlichen Hintergrund der Hoffnung bzw. des zunehmenden Anspruchs, positiv zu einer Demokratisierung der Wissenschaft und der Expertise beizutragen. Als ein wesentliches, der Transdisziplinarität zuträgliches Element wird die Verwissenschaftlichung der Gesellschaft identifiziert, die eine Beteiligung von außerwissenschaftlichen AkteurInnen als „ExpertInneninputgeber“ ermöglicht. Wissenschaftliche Arbeit beinhaltet dabei mikropolitische Aushandlungsprozesse mit der Gesellschaft. Hier sprach Maasen auch vom „Dienstbarmachen der Wissenschaft“ in einer neoliberalen Gesellschaft, zu welcher die Inter- und Transdisziplinarität letztlich verstärkend beitrage.

Im Zentrum ihrer Ausführungen standen Schlussfolgerungen aus einer empirischen Studie über zwölf transdisziplinär ausgerichtete Projekte. Charakteristikum für Transdisziplinarität waren dabei Partizipation, Interdisziplinarität, Problemorientierung und Anwendungsorientierung, wobei in den meisten Fällen Partizipation und Einbeziehung der Nutzer- Innenperspektive in der Wissensproduktion eine primäre Rolle spielten. In allen Fällen wurde Transdisziplinarität als Netzwerk von AkteurInnen im Spannungsfeld zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft betrachtet.

In einer genaueren Analyse der untersuchten Projekte wurden unterschiedliche Hauptlinien von Transdisziplinarität identifiziert je nachdem, ob die Fragestellungen der Projekte eher konkret oder abstrakt formuliert waren bzw. ob sie wissenschaftsintern oder extern angesiedelt waren. Die Unterscheidung der Projekte in diese Kategorien lässt vier verschiedenen Typen von Transdisziplinarität identifizieren: „Intervenierende Transdisziplinarität“ (Optimierung des Forschungsmanagements, Empowerment), „Methodologische Transdisziplinarität“ (Mischung

der Methoden – Bricolage), „Explorative Transdisziplinarität“ (Organisation von Gestaltungsöffentlichkeiten z. B. in Foren), „Verteilte Transdisziplinarität“ (PraxisakteurInnen in der Rolle der InformantInnen).

Maasen kam zum Schluss, dass Transdisziplinarität neue Anforderungen an die Wissenschaft stellt, um einerseits akzeptables Wissen zu erzeugen und andererseits in organisierter Weise Wissensarbeit leisten zu können. Sogenannte „deliberative Räume“ werden geschaffen, in welchen Ziele ausgehandelt und evaluiert werden. Sie bezeichnete Prozesse der Transdisziplinarität aber auch als in sich abgeschlossene „Grenzarbeiten“. Als Konsequenzen dieser neuen Herausforderungen sind strategische Fähigkeiten notwendig, die über die wissenschaftlichen Fähigkeiten hinausgehen. Maasen betonte in diesem Zusammenhang, dass die Wissenschaft in zunehmendem Maße nicht mehr nur für den Inhalt verantwortlich ist, sondern auch für den Prozess. Diese Tendenz wurde mit dem Beispiel untermalt, dass zunehmend prekäre Positionen in der wissenschaftlichen Projektarbeit auch zu einem steigenden Druck auf die Wissenschaft(erInnen) beitragen und sich damit der Schluss zum positiven Beitrag der Transdisziplinarität zu einem fragwürdigen „New Deal“ ziehen lässt.

Neben diesen beiden Hauptvorträgen am Vormittag fanden am Nachmittag insgesamt sechs Parallelsessionen statt.

Grundfragen inter- und transdisziplinären Arbeitens

Die Beiträge dieser Session bezogen sich auf die Fragen, worin sich die verschiedenen Grundkonzepte unterscheiden, wann inter- bzw. transdisziplinäre Arbeit angezeigt ist, wie sie methodisch angeleitet werden kann und welche Herausforderungen sich für die Qualitätssicherung stellen.

Christian Pohl (td-net, Bern) stellte Überlegungen zur Planung von inter- und transdisziplinären Forschungsprojekten in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Das zugrunde gelegte Verständnis von Transdisziplinarität stellte auf vier Definitionselemente ab: Überschreiten und Integrieren von disziplinären Paradigmen; Einbeziehung außerwissenschaftlicher AkteurInnen;

Orientierung an lebensweltlichen Problemen; Suche nach einer universellen Einheit des Wissens jenseits von Disziplinen. Demnach sollten Forschungsdesigns in engem Zusammenhang mit Ziel und Zweck des Forschungsvorhabens im Zuge eines rekursiv gestalteten Prozesses der Problemidentifizierung entwickelt werden. Zielt ein Vorhaben in erster Linie auf wissenschaftlichen Erkenntniszuwachs, ist einer interdisziplinären Ausrichtung der Vorzug zu geben. Sollen hingegen Beiträge zu gesellschaftlich relevanten Fragestellungen geleistet werden (wie in vielen TA-relevanten Fällen), ist es ratsam, von Beginn an auf ein transdisziplinäres Design zu setzen. Transdisziplinarität inkludiert dabei allerdings nicht notwendiger Weise, wie in vielen Definitionen stillschweigend unterstellt, auch die Zusammenarbeit unterschiedlicher wissenschaftlicher Fächer in einem umfassenderen Sinn.

Michael Decker (ITAS, Karlsruhe) verglich zunächst die unterschiedlichen Verständnisse der Grundkonzepte von Inter- und Transdisziplinarität und verwandter Konzepte mit einem Zwischenresümee, das eine etwas andere Position erkennen ließ: Sowohl engere als auch weiter gefasste Definitionen von Transdisziplinarität setzen in jedem Fall „gute Interdisziplinarität“ voraus und lassen eine intensivere Auseinandersetzung mit geeigneten methodischen Herangehensweisen geboten erscheinen. Decker präsentierte ein Modell zur Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für interdisziplinäre wissenschaftliche Zusammenarbeit, das im Rahmen von politikberatender TA einen Beitrag zur Qualitätssicherung leisten könnte. Die Illustration erfolgte am Beispiel der Entwicklung von interdisziplinär abgesicherten Politikempfehlungen zur „Position des Menschen in der Steuerungshierarchie von Robotern“. Kernelemente des Modells sind der Start mit einem „Saattext“, die stufenweise Arbeit an der Kommentierung und Reformulierung in interdisziplinärer Kooperation sowie die Validierung eines aus interdisziplinärer Sicht akzeptablen Endtextes.

Karsten Weber (Universität Opole) griff in seinem Beitrag die Frage der Qualitätssicherung Disziplinen-übergreifender Kooperation anhand der Evaluierung eines Forschungsverbundprojekts auf. Im Zentrum der Analyse stand die Frage, inwiefern sich Projektstruktur, inhaltliche Heterogenität und externes Umfeld für bestimmte funktionale Anforderungen wie interdisziplinäre Ausrichtung, Kommunikation und Koope-

ration, unkonventionelle bzw. innovative Ideen und langfristige Perspektiven als förderlich oder erschwerend erweisen. Dabei trat ein spezielles Spannungsfeld transdisziplinärer Arbeit zu Tage: Ein wesentliches Problem der Generierung interdisziplinären Wissens besteht darin, die Wissensproduktion an allen involvierten Zielgruppen zu orientieren, ohne dadurch das Hauptziel des Projekts, die Entwicklung innovativer Problemlösungen, zu verfehlen.

Technikgestaltung jenseits disziplinärer Grenzen

Neben der Bedeutung von Inter- und Transdisziplinarität bei der Gestaltung von Technik wurden in dieser Session Faktoren identifiziert, die für das diesbezügliche Gelingen von inter- bzw. transdisziplinären Prozessen von entscheidender Bedeutung sind, wie z. B. die Wahl des richtigen Zeitpunkts, ab dem die Beteiligten eingebunden werden sollen.

Im Beitrag von *Hilda Tellioğlu* (TU Wien) ging es um einen Vergleich von traditioneller TA und der so genannten integrierten Technikbewertung, die als integraler partizipativer Bestandteil von Innovationsprozessen konzipiert ist. Empirisch stützten sich die Ausführungen auf zwei Fallstudien aus dem IKT-Bereich, die im Zuge eines von der Europäischen Kommission finanzierten Forschungsprojekts durchgeführt wurden. Integrierte Technikbewertung setze frühzeitig als wesentlicher Bestandteil eines partizipativen, multidisziplinären Systemdesigns an. Ein solches Vorgehen bezieht gezielt potenzielle NutzerInnen in den Entwicklungsprozess ein, vor allem um die Akzeptanz und Nutzerfreundlichkeit von Technik zu erhöhen. Die empirischen Befunde aus dem Projekt legen nahe, dass sich nutzungszentrierte Ansätze tatsächlich durch höhere Erfolgsaussichten auszeichnen.

Michael Ornetzeder (ITA/ÖAW, Wien) reflektierte in seinem Beitrag aktuelle Erfahrungen mit inter- und transdisziplinärer Kooperation aus einem laufenden Forschungsprojekt. Im vorgestellten Projektbeispiel geht es um die frühzeitige Einbeziehung von NutzerInnen bzw. anderer relevanter Stakeholder in technische Entwicklungsprozesse. In einem ersten Schritt wurden dabei in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber zwei sehr unterschiedliche Technologiefelder, und zwar die Brennstoffzellen-

und Holz-Kunststoff-Verbundwerkstoff-Technologien, ausgewählt. Beide Felder wurden anschließend von interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppen umfassend beschrieben, um einerseits eine breite Entscheidungsgrundlage für die Durchführung problemadäquater partizipativer Verfahren zu erhalten, andererseits, um die geplanten Beteiligungsprozesse mit aktuellen wissenschaftlichen Ergebnissen zu unterlegen. In den Beteiligungsprozessen sollen schließlich in transdisziplinärer Zusammenarbeit mit PraxispartnerInnen NutzerInnen-zentrierte Perspektiven für mögliche bzw. wünschbare Entwicklungspfade erarbeitet werden. Mit einem solchen Vorgehen, so das Resümee des Vortragenden, wage man sich schon recht weit über den Rand wissenschaftlichen Arbeitens hinaus, denn im Wesentlichen ziele eine solche Strategie auf die Lösung lebensweltlicher Aufgabenstellungen.

Im dritten Beitrag präsentierte *Hermann Knoflacher* (TU Wien) eine umfassende Wirkungs- und Ursachenanalyse des Automobilsystems. Die Entwicklung des derzeit dominanten Verkehrssystems könne als eine Kombination von kurzfristig kalkulierten Entscheidungen und kumulativen Effekten interpretiert werden. Gerade die Abwesenheit interdisziplinär angelegter TA sei an der jetzigen Situation „mitverantwortlich“. Auswege aus dieser Situation könnten nur mittels eines interdisziplinären Ansatzes, der den Einfluss von Technologie auf das Wachstum materieller und konsumptiver Güter sowie die Abschätzung der daraus entstehenden Wirkung auf Umwelt und Gesellschaft zufriedenstellend erklären kann, gefunden werden.

Die Organisation inter- und transdisziplinären Forschens

Disziplinäre Besonderheiten und ihre Relevanz in interdisziplinären Kooperationen wurden in dieser Session ebenso diskutiert wie Anforderungen an eine transwissenschaftliche TA.

Karen Kastenhofer (ITA/ÖAW, Wien) zielte in ihrer wissenschaftstheoretischen Analyse auf Möglichkeiten der Qualitätssicherung interdisziplinärer Forschungsprozesse ab, die auch für die TA relevant werden können. Den empirischen Bezug bildete das Forschungsprojekt „Nichtwissenskulturen“ (Universität Augsburg), das sich mit Sicherheitsforschung zu Agrobiotechnologie

und Mobilfunk in Deutschland befasste. In der Analyse fokussierte sie auf zwei Aspekte: Erstens auf die Auswahl der zu beteiligenden Disziplinen und zweitens auf die Form, in der diese Disziplinen sinnvoll zu integrieren wären. Aus einer detaillierten Auseinandersetzung mit den jeweiligen disziplinären „blinden Flecken“ und heuristischen Praktiken zog sie die Schlussfolgerung, dass interdisziplinäre Forschungsprogramme mit konkreten gesellschaftlichen Aufgabenstellungen auf die Unterschiedlichkeit der beteiligten Wissenskulturen ebenso zu achten hätten, wie auf eine Reflexion der jeweiligen disziplinären Geltungsansprüche.

Richard Finckh (IANUS, TU Darmstadt) befasste sich mit Transdisziplinarität aus bildungstheoretischer Sicht. Dabei folgte er der Definition von Transdisziplinarität als transwissenschaftliche Forschung und hob die gesellschaftliche Beratungsfunktion von TA hervor. In diesem Zusammenhang verwies er auf die oft „widersprüchlichen Anforderungslandschaften“, denen ExpertInnen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Öffentlichkeit ausgesetzt sind: einerseits sich auf gesichertes Wissen zu berufen und andererseits nicht nur Altbekanntes zu wiederholen. Auf solche Widersprüchlichkeiten beziehe sich auch eine allgemeine Kritik an ExpertInnen, der sich TA bewusst stelle. Expertise wandle sich in der TA von einer individuellen Rollenzuschreibung in Richtung einer heterogenen arbeitsteiligen Praxis. Der Vortragende zog daraus die Schlussfolgerung, dass der Umgang mit Expertise im Rahmen der TA zu einer allgemeinen didaktischen Herausforderung werde.

Jenny Schmithals (nexus Institute, Berlin) präsentierte in ihrem Vortrag die Ergebnisse einer qualitativen Befragung zum Kooperationsmanagement transdisziplinärer Forschungsverbände der TU Berlin. Als Ziele und Aufgaben solcher Verbände erwiesen sich die Think-Tank-Funktion sowie die Funktion einer „zwanglosen Solidargemeinschaft“. Gelingende Interdisziplinarität, so die von ihr interviewten ProjektleiterInnen, basiere auf Disziplinarität und hoher fachlicher Kompetenz, wobei Disziplinen nicht von allen als relevante Ordnungskategorie anerkannt wurden. Wie bereits in der ersten Präsentation dieser Session wurden disziplinäre Unterschiede in Sprache und Denkstil adressiert. Interdisziplinäre Zusammenarbeit rege daher Prozesse der Selbstreflexion an, bedürfe aber auch einer gezielten Prozessbegleitung.

Institutionalisierte Transdisziplinarität? TA in Praxis und Lehre

Mit Grenzüberschreitungen von disziplinärem Vorgehen beschäftigte sich diese Session, wobei der inter- und transdisziplinären Arbeit in der Wissenschaftspraxis, der Lehre und der Politikberatung besondere Aufmerksamkeit zukam.

In seinem Vortrag über die Rolle von Validierungskontexten in (Nicht-)Wissenskonflikten ging *Stefan Böschen* (Universität Augsburg) auf die Bedeutung verschiedener disziplinärer Herangehensweisen an dieselbe Sache ein. Je nach Blickwinkel entstehen unterschiedliche „Richtigkeitsansprüche“, Fakten und Werte, die sich oft nicht mehr trennen lassen (siehe etwa die Kontroverse zwischen Ökologie und Molekularbiologie über transgene Pflanzen). TA muss diese unterschiedlichen Wissensspraxen berücksichtigen und vermittelbar machen, was einen transdisziplinären Zugang voraussetzt.

Alexander Bogner (ITA/ÖAW, Wien) verwies auf die Praxis in Ethikkommissionen, die nicht vorwiegend in ethischen Überlegungen, sondern vielmehr in multidisziplinärer Erkundung und letztlich in Verhandlungen moralischer Standpunkte besteht. Hier stellt sich die Frage, welche Disziplin in welcher Frage das Sagen hat. Auch wenn ihre Profession sie zu Aussagen über bestimmte Teilaspekte befähigt, sind die Mitglieder solcher Kommissionen in anderen Aspekten Laien – Ethikräte lassen sich also als eine Art implizit transdisziplinäre Gremien verstehen.

Marc Mölders (IWT, Universität Bielefeld) berichtete über eine Untersuchung, die sich damit auseinandersetzte, in welchen Institutionen, welche Lehrveranstaltungen über TA abgehalten werden und welche Fächer daran beteiligt sind. TA als interdisziplinärer Ansatz sollte heutzutage auf besonders fruchtbaren Boden fallen, da allenthalben die Grenzen disziplinärer Herangehensweise an gesellschaftliche Probleme beklagt werden. Dennoch scheint derzeit in der universitären Lehre eher die disziplinäre Vereinnahmung von TA an der Tagesordnung zu stehen.

Inter- und Transdisziplinarität im Umgang mit Umweltkonflikten

Anhand konkreter Praxisbeispiele wurden in der Session „Inter- und Transdisziplinarität im Umgang mit Umweltkonflikten“ verschiedene diesbezügliche Zugänge diskutiert. Allen gemeinsam waren die kritische Bedeutung, die der Anpasstheit des zu wählenden Beteiligungs- und Zusammenarbeitszugangs an das spezifische Problem zukommt sowie die Bedeutung von Transparenz und des Zugangs zu geeigneter Information. Damit Hand in Hand geht die Bereitschaft und Möglichkeit aller Beteiligten sich aktiv einzubringen.

Mahshid Sotoudeh (ITA/ÖAW, Wien) präsentierte eine anwendungsorientierte Perspektive von Interdisziplinarität im Bereich der Zementindustrie, in der es um die Bewertung der Trends von Clean Technologies ging. Veränderte Herstellungsprozesse und dadurch ausgelöste Konflikte im Prozess der Zementherstellung standen im Zentrum des dargestellten Projekts. Für die Aushandlung des Bewertungsprozesses war die aktive Teilnahme der Stakeholder von grundlegender Bedeutung, um Akzente für den Umwelttechnologie-Aktionsplan (ETAP) der EU zu liefern. Das In-Aussicht-Stellen von neuen, interdisziplinär bewerteten Informationen, die zuvor vergleichend dargestellt wurden, ermöglichte neben hoher Transparenz die motivierte und aktive Teilnahme der Stakeholder. Die Variante, diese als „Beurteiler“ vorher von ExpertInnen erarbeiteter Inputs zu beteiligen, war weit weniger attraktiv als sie von Anfang an in den Prozess einzubinden.

Michael Stauffacher (ETH Zürich) präsentierte zwei transdisziplinäre Forschungsprojekte, die verschiedene Anforderungsprofile an Transdisziplinarität verdeutlichten. Dabei geht es um eine dynamisch-funktionale Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis, die sich in einer gleichberechtigten Ko-Leitung der Projekte manifestiert. Die Forschung ist hier problemorientiert und von Langfristigkeit und Sicherheit geleitet. Eine Regionalentwicklung in der Ostschweiz wurde einem Aushandlungsprozess über die Endlagerung von radioaktivem Müll gegenübergestellt. Im Fall der Regionalentwicklung konnten gemeinsame Problembereiche und umsetzungsorientierte Lösungsansätze ausgearbeitet werden. Im zweiten vorgestellten Bereich scheiterte eine Ko-Leitung an der konflikträchtigen

Situation und an aktivem Widerstand. Damit rückte der Aspekt der Entscheidungsanalyse in den Vordergrund, in der auch informelle Zusammenarbeit mit EinzelakteurInnen zu einem zentralen Element wurde. Stauffacher schloss daraus, dass „gegenseitige Partizipation“ – wenn also voneinander gelernt werden soll – nur dann möglich ist, wenn alle Beteiligten sich einerseits ihrer jeweiligen Rolle bewusst sind und andererseits einen konkreten Nutzen in dieser Kooperation erkennen können.

Antonia Wenisch (Ökologie Institut, Wien) präsentierte die Rolle der Beteiligung in der Bewertung von Standortkriterien für Endlagerstätten radioaktiver Abfälle. Anhand der beiden nationalen Zugänge von Schweden und Tschechien in Bezug auf diese Problematik lotet Wenisch aus, welche Voraussetzungen BürgerInnen benötigen, um an derart komplexen Entscheidungen mitzuwirken. Geeignete und zugängliche Informationen sowie die Transparenz aller Entscheidungsabläufe zählen hier zu den zentralen Erkenntnissen.

Transdisziplinäre TA am Beispiel IKT

Die drei ReferentInnen dieser Session erachteten interdisziplinäre Forschung und Kooperation als TA-Prämisse. Vor dem Hintergrund steigender gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und technologischer Komplexitäten plädierten die Vortragenden für eine Erweiterung der TA-Forschungspraxis. Hierfür wurde Transdisziplinarität als Disziplinen- und AkteurInnen-übergreifendes Vorgehen diskutiert. Ausgehend von unterschiedlichen Problemstellungen zeigten sich die ReferentInnen einig über die wechselseitige Wirkung von „Technik und Gesellschaft“ bei der Entwicklung und Anwendung neuer Medien.

Celina Raffl (ICT&S, Universität Salzburg) nahm das Forschungsfeld „IKT und Gesellschaft“ zum Anlass, um für eine transdisziplinäre Herangehensweise in der TA zu plädieren. Hierbei fokussierte sie auf die Interdependenz von Technik und gesellschaftlichen Teildisziplinen bei Technikentwicklungen und -anwendungen, die sie anhand des „Mutual Shaping Approaches“ erklärte.

Anhand des Beispiels „Social Software“ argumentierte *Judith Simon* (Institut für Philosophie,

Universität Wien), dass IKT die gesellschaftlichen Vorstellungen, über das, was als Wissen gilt, beeinflusst und kontinuierlich verändert. Simon sprach sich für die Berücksichtigung von epistemologischen Technikfolgen aus, die ihrer Meinung nach bislang in der gängigen TA-Forschungspraxis vernachlässigt würden. Transdisziplinarität in der Wissensproduktion ergibt sich demnach im Bereich IKT durch die Erweiterung wissenschaftlichen Wissens mittels Einbeziehung lebensweltlichen Wissens und Integration einer Vielzahl von NutzerInnen, wie z. B. im Falle von Wikipedia.

Eduard J. Simon stellte anhand der Arbeitsgruppe „Mikropolis“ (Universität Hamburg) eine Form kooperativer Zusammenarbeit dar, die WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Fachrichtungen, eine transdisziplinäre Sicht auf sozio-technische Wechselwirkungen ermöglicht. Hierbei steht die wechselseitige Reflexion von fachlichen Perspektiven und damit eng verknüpfte Problemsichten bei der gesellschaftlichen Verhandlung von IKT im Vordergrund. Wesentliches Element ist auch in diesem Fall die Einbeziehung von NutzerInneninteressen.

Resümee

Sowohl die hohe TeilnehmerInnenzahl als auch die Diskussionen und das Feedback der TeilnehmerInnen zeigten, dass die Themen der Inter- und Transdisziplinarität für TA von großer Aktualität und Bedeutung sind und in verschiedenen lebensweltlichen und wissenschaftlichen Kontexten Anwendung finden.

Gleichzeitig wurde auf die Rolle und Bedeutung der Disziplinen eingegangen, deren qualitätsvolle Arbeit als wesentliche Voraussetzung und als Kristallisationspunkt für Inter- und Transdisziplinarität identifiziert wurde.

Ein vertiefendes Resümee der Tagung wird demnächst in der Zeitschrift GAIA erscheinen. Nähere Angaben zu den Vortragenden sowie die Präsentationsfolien finden sich unter www.oeaw.ac.at/ita/ta07.

U. Bechtold, M. Ornetzeder, M. Sotoudeh
(unter Mitarbeit von *G. Aichholzer, K. Kastenhofer,*
M. Latzer, M. Nentwich, W. Peissl,
H. Torgersen, R. Winkler)

EuroPriSe – Auf dem Weg zu einem europäischen Datenschutz-Gütesiegel

Am 7. Juni fand in Kiel die Auftaktveranstaltung zum Projekt European Privacy Seal (EuroPriSe) statt. Das im Rahmen des eTEN-Programms von der EU-Kommission mit € 1,2 Mio. geförderte Projekt erstreckt sich über einen Zeitraum von 18 Monaten.

Unter der Leitung des Unabhängigen Landes-zentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) werden acht europäische Institutionen und Unternehmen Anforderungen für ein Euro-päisches Datenschutz-Gütesiegel erarbeiten und exemplarisch erproben.

Vorbild für das Projekt ist das europaweit ein-zige, gesetzlich verankerte Datenschutzzertifi-kat, das Datenschutz-Gütesiegel Schleswig-Holstein. Es hat sich seit 2000 auf dem deut-schen Markt erfolgreich etabliert und wurde be-reits an rund 40 Produkte verliehen. Das Euro-päische Datenschutz-Gütesiegel soll künftig bescheinigen, dass informationstechnische An-gebote mit dem europäischen Recht, insbeson-dere mit der seit 1998 geltenden Datenschutz-richtlinie, im Einklang stehen. Das Projekt ver-folgt das Konzept, IT-Dienstleistungen und -Pro-dukte mit hohem Datenschutzstandard durch ein Zertifikat auszuzeichnen und für Verbrau-cherInnen und Betroffene sichtbar zu machen. BürgerInnenfreundliche, datensparsame und technisch sichere Produkte, etwa bei Internet-Angeboten, aus dem Gesundheitsbereich oder bei der Kundendatenverarbeitung erhalten auf diese Weise gegenüber dem ungeprüften Kon-kurrenzprodukt einen Wettbewerbsvorteil. Das Gütesiegel verbindet so Anforderungen aus Da-tenschutz und Datensicherheit mit denen des VerbraucherInnenschutzes und einer produkt-bezogenen Wettbewerbsförderung.

Dr. Thilo Weichert, der Leiter des ULD: „Wir ha-ben die Erfahrung gemacht, dass es eine inter-nationale Nachfrage und einen Bedarf an da-tenschutzgeprüften Produkten gibt. Angesichts der Undurchsichtigkeit der sie betreffenden Da-tenverarbeitung brauchen die Verbraucherinnen und Verbraucher eine nachvollziehbare Prüfung durch vertrauenswürdige und kompetente un-

abhängige Stellen nach anerkannten Standards. Das soll das Gütesiegel bieten.“

An EuroPriSe sind beteiligt:

- Unabhängige Landeszentren für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD), Deutschland
- Agencia de Protección de Datos de la Comunidad de Madrid, Spanien
- Commission Nationale de l'Informatique et des Libertés, Frankreich
- Institut für Technikfolgenabschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Österreich
- London Metropolitan University, UK
- Borking Consultancy, Niederlande
- Ernst & Young AB, Schweden
- TÜViT, Deutschland
- VaF s.r.o, Slowakei.

In den beteiligten Ländern werden aufgrund der Erfahrungen des ULD in Schleswig-Holstein die rechtlichen und institutionellen Rahmenbe-dingungen erforscht, Möglichkeiten zur Etablie-rung einer Zertifizierungsstelle erkundet und Ex-pertInnen zur Prüfung der Produkte und Dienst-leistungen ausgebildet. Darüber hinaus soll ei-ne Marktpotentialerhebung klären, inwieweit sich unterschiedliche nationale Märkte für der-artige Formen der Selbstregulierung offen zei-gen.

Das ITA wird im Rahmen des Projekts die ös-terreichische Fallstudie betreuen und darüber hinaus an der Adaption der Kriterien für ein eu-ro-päisches Datenschutzgütesiegel mitarbeiten.

Die Festlegung der Anerkennungskriterien und des Verfahrens sowie die Ausarbeitung einheit-licher Datenschutzstandards sollen in enger Zu-sammenarbeit mit den Datenschutzbehörden in Europa erfolgen. Das Projekt ist dazu ange-legt, die Etablierung des Gütesiegelininstru-mentes sowohl im europäischen Recht als auch vor allem in den nationalen Datenschutzgesetzen zu unterstützen.

Walter Peissl

Auf dem Weg in die Räterepublik?

Was hat der Österreichische Fußballbund (ÖFB) mit dem Papst gemeinsam? Die richtige Antwort lautet: Eine Ethikkommission.

Die Ethik boomt. Es gibt fast keine ethikfreien Zonen mehr in unserer Gesellschaft, man denke nur an Sportethik, Umweltethik oder Medienethik, schier endlos ist die Liste. Auch Ethikkommissionen haben Konjunktur. Wir sind heute in ganz verschiedenen Bereichen mit einer bunten Vielzahl von Gremien-Typen konfrontiert, die allesamt „Ethik“ im Titel führen: in Kliniken und Forschungslaboren, in Verbänden und Vereinen und nicht zuletzt: in der Politik. George W. Bush verzichtet in biopolitischen Fragen genauso wenig auf den Rat von EthikexpertInnen wie Alfred Gusenbauer oder Angela Merkel.

Mit der Einrichtung von nationalen Ethikkommissionen zum Zweck der Politikberatung beginnt das große Rätseln: Welche Funktion haben solche Expertengremien in der Politik? Sind sie nur willfährige Instrumente der Politik, die längst Beschlossenes mit ein bisschen Wissenschaftlichkeit garnieren? Oder aber besteht nicht vielmehr die Gefahr, dass anstelle der Politik EthikexpertInnen die Politik machen? Sind wir also – Stichwort: Ethik-Boom – auf dem Weg in eine Republik der Expertenräte?

Es sind derartige Fragen, die das ITA in seinem Schwerpunkt „Politikberatung“ interessieren. Derzeit wird in dem APART-Projekt „Soziologie bioethischer Expertise“ beispielsweise untersucht, wie die Politik in verschiedenen europäischen Ländern mit den Empfehlungen von nationalen Ethikräten umgeht.

Diese Frage wird dadurch kompliziert, dass die Ethikexpertinnen in keinem Land der Welt zu einem Konsens finden, wenn es um die großen biomedizinischen Streitfragen geht. Wie denn auch? Die Ethikräte sind in Sachen Stammzellforschung, Klonen oder Pränataldiagnostik genauso gespalten wie die Gesellschaft im Ganzen. Was fängt die Politik mit dem Dissens der ExpertInnen an?

Vorläufige Antworten, die sich empirischer Forschung am ITA verdanken, lauten: Es gibt ganz unterschiedliche politische Umgangsweisen mit dem Dissens. In Deutschland überwiegen for-

male Bezugnahmen auf Ethikexpertise. Das heißt, die Politik verwendet Expertise *nicht* zur Plausibilisierung der eigenen Position („der Ethikrat hat aber gesagt ...“). Das wäre schon insofern nicht sehr überzeugend, als der Ethikrat ja auch immer das Gegenteil davon sagt (Stichwort: Minderheiten-Voten). Man weist vielmehr auf das Vorliegen gegenläufiger Expertenmeinungen hin und kennzeichnet die ethische Patt-Situation als Startsignal zu einer – nunmehr genuin politischen – Entscheidung.

Dies ließ sich zuletzt Ende März, in der parlamentarischen Grundsatzdebatte zum Thema Patientenverfügungen, beobachten. Dazu liegen bereits von verschiedenen Ethik-Gremien (divergierende) Expertisen vor. Diese hätten sehr grundlegende Reflexionen angestellt, so ein FDP-Abgeordneter in der Bundestagsdebatte, aber: „Wir müssen jetzt bald den Mut zur Entscheidung haben.“ Der Expertendissens wird also als Auftakt zu einer politischen Grundsatzdebatte verstanden, in der Legitimation nicht zuletzt durch die Qualität des Verfahrens hergestellt wird (Debatte ohne Fraktionszwang, Rekurs auf Gewissen).

Anders in Österreich. Hier beobachten wir in biopolitischen Fragen, die den Embryonenschutz berühren, inhaltliche, nicht nur formale Bezugnahmen der Politik auf Ethikexpertise. Bei der Begründung politischer Positionen und Regulierungen (etwa zur vorgeburtlichen Diagnostik oder der Stammzellforschung) hat sich die Politik oft auf den Hinweis beschränkt, man handle in Übereinstimmung mit dem jeweiligen Votum der Bioethikkommission. Man könnte sagen: Die Politik entscheidet, möchte aber nicht als Entscheidungsgremium aufscheinen. Aber natürlich: Dieses Versteckspiel der Politik funktioniert nur, wenn die ExpertInnen eine einhellige Meinung abgeben. Nur: Den ethischen Expertenkonsens gibt es in Österreich so wenig wie anderswo. Was macht also die Politik? In der Detailanalyse der politischen Rezeption ergibt sich das Bild einer regelrechten Neukonfigurierung der Stellungnahmen. Die Politik bastelt jeweils aus Teilen der Mehrheits- und der Minderheitsposition in den Stellungnahmen einen Konsens zusammen. D. h., die Politik lügt nicht, sie fälscht oder fingiert nicht die Experti-

se, sie konfiguriert sie neu. Im Ergebnis wird aus dem ExpertInnendissens ein Bastel-Konsens.

Diese „Expertise-Politik“ kann man aus wissenschaftlicher Perspektive kritisieren. In politischer Hinsicht ist die Sachlage eher beruhigend. Der souveräne Umgang der Politik mit Expertise lässt die Gefahr einer Expertokratie eher gering erscheinen. Auch wenn die Zahl von ExpertInnen und Gutachten zunehmen sollte – auf dem Weg in die (ExpertInnen-)Räterepublik befinden wir uns deshalb nicht.

Von Interesse ist nun die Frage, inwiefern sich diese Beobachtungen zur politischen Verwendung von Expertise auf andere Länder und weitere Biotechnologie-Kontroversen übertragen lassen. Diesen Fragen wird am ITA in den nächsten zwei Jahren im Rahmen des erwähnten APART-Projekts weiter nachgegangen.

Alexander Bogner

Förderung von DoktorandInnen zur Erforschung elektronischer Demokratie

Das europäische Exzellenznetzwerk DEMO-net lädt DoktorandInnen aller Disziplinen, die an Fragen elektronischer Partizipation und elektronischer Demokratie arbeiten, zur Vernetzung und Teilnahme an Workshops ein. Auch eine Konferenz der European Science Foundation bietet geförderte Teilnahmemechanismen für DoktorandInnen.

The eParticipation Network, kurz DEMO-net, ist ein im 6. Rahmenprogramm der EU finanziertes Projekt von führenden europäischen ForscherInnen, das ein Exzellenznetzwerk im strategischen Feld elektronischer Partizipation organisiert und entwickelt. Ein Teilziel ist die Vernetzung des wissenschaftlichen Nachwuchses mit der Forschungs-Community in diesem Themenbereich. Übergreifendes Ziel von DEMO-net ist die Stärkung wissenschaftlicher, technischer und sozialer Forschungsexzellenz im Bereich e-Partizipation durch Integration der Forschungskapazität von Einzelpersonen und Organisationen in Europa. Das Projekt ist auf vier Jahre ausgelegt und soll die einschlägige Forschung in Europa im Hinblick auf Qualität, Effizienz, Innovation und Wirkung vorantreiben und den gegenwärtig zersplitterten Zugang zu e-Partizipation bzw. elektronischer Demokratie in diesem wichtigen europäischen Forschungsfeld überwinden. Das Netzwerk umfasst 20 Partnerinstitutionen aus ganz Europa einschließlich des ITA und die University of Southern California als externen Partner.

Die erste Phase des seit Anfang 2006 aktiven Netzwerks stand vor allem im Zeichen des Aufbaus der Voraussetzungen und gezielten Ausrichtung der Netzwerkkooperation sowie von Integrationsaktivitäten. Entsprechend zählten zu den Hauptaufgaben im ersten Jahr ein Mapping der Forschungslandschaft im Bereich e-Partizipation, die Abhaltung einer Reihe von Workshops sowie die Entwicklung von Integrationsansätzen zur Vernetzung von Projekten. Das Angebot an DoktorandInnen umfasst die Förderung für folgende Aktivitäten:

Gezielte Workshops bzw. PhD-Kolloquia für DoktorandInnen und Post-DoktorandInnen zu Schwerpunktthemen, um den gegenseitigen Austausch von Ideen und somit die Koordination gezielter Forschungsagenden zu unterstützen.

Mobilität der ForscherInnen und StudentInnen im Exzellenznetzwerk, um eine fokussierte Integration der Technologien, Anwendungen und Methoden zu ermöglichen.

Die nächste Gelegenheit bietet das DEMO-net PhD-Kolloquium anlässlich der Konferenz EGOV 2007 im Rahmen des DEXA-Konferenzverbundes, die von 3.-7. September 2007 in Regensburg (Deutschland) stattfindet. Anmeldefristen und weitere Detailinformationen dazu finden sich unter www.egov-society.org/, sowie generell zur PhD-Förderung und den PhD-Kolloquia im Rahmen von DEMO-net unter www.demo-net.org/demo.

Eine zweite Einladung an DoktorandInnen bietet die European Science Foundation im Rahmen einer internationalen Konferenz zu elektronischer Demokratie, die ebenfalls in Kooperation mit DEMO-net erfolgt. Die Forschungskonferenz „Electronic Democracy: Achievements and Challenges“, findet von 21.-25. November 2007 in Vadstena, Schweden, statt.

Ziel ist eine Einschätzung des Standes sozialwissenschaftlicher Forschung zum Thema Elektronische Demokratie (e-Democracy) sowie der theoretischen und methodologischen Herausforderungen für die zukünftige Forschungsagenda, wobei ein kombinierter top-down und bottom-up Ansatz verfolgt wird. Top down meint allgemeinen Input in theoretischer oder methodologischer Hinsicht; bottom-up versteht sich als Analyse und Reflexion aktueller Forschung in einzelnen Teilgebieten von e-Democracy. Dabei sollen die Forschung der letzten dreißig Jahre und die grundlegenden Herausforderungen an die Demokratie in einem erweiterten Europa sowie durch die heraufkommenden neuen Technologien reflektiert werden. Beiträge dazu liefern international renommierte SprecherInnen, u. a. William Dutton, Brian Loader, Ann Macintosh, Stephen Coleman und Philippe Schmitter.

Der bottom-up Zugang wird in sechs Subfeldern von e-Democracy diskutiert:

- e-Information (freedom of information, access to public information),
- e-Consultation und e-Deliberation,
- e-Communities und e-Movements,
- e-Campaigning und e-Activism,
- e-Petioning,
- e-Voting.

Es ist ein besonderes Ziel der Konferenz, einen Austausch zwischen etwa 20 eingeladenen erfahrenen WissenschaftlerInnen und einer ebenso großen Zahl von StudentInnen zu erreichen, die in diesem Feld arbeiten und die zukünftige Forschung mitgestalten werden. Dazu wurde ein Anmeldeverfahren eingerichtet über das auch einige Reisestipendien verfügbar sind.

Anmeldeformulare für DoktorandInnen und Programm sind erhältlich unter

www.esf.org/conferences/07236.

Bewerbungsschluss ist der 31. August 2007.

Weitere Information: European Science Foundation, Research Conferences

www.esf.org/conferences.

Georg Aichholzer

„Converging Technologies“ – Bericht zu einem internationalen Workshop

„Emerging technologies“, „converging technologies“, „enabling technologies“, „Nano-Bio-Info-Cogno-Technologies (NBIC)“ – die Begrifflichkeiten zur Benennung neuer technologischer Entwicklungen scheinen derzeit zu florieren. Nano-, Bio-, Informationstechnologie und Kognitionsforschung stehen dabei für eben jene Felder, deren zunehmende wechselseitige Annäherung Thema des Workshops „Converging Science and Technologies: Research Trajectories and Institutional Settings“ war, der am 14. und 15. Mai in Wien stattfand. VeranstalterInnen waren das Interdisciplinary Centre for Comparative Research in the Social Sciences (ICCR) und die Zeppelin

Universität (Friedrichshafen) im Rahmen des KNOWLEDGE NBIC Forschungsprojektes der EU.

In einem Bericht der US-amerikanischen National Science Foundation (NSF) im Jahr 2002 forderten der Physiker Mihail Roco und der Soziologe William Bainbridge gezielte finanzielle Investitionen in Grundlagenforschung, die die Entwicklung neuer Technologien mit dem Ziel eines „human enhancement“ – also einer technikgestützten „Aufbesserung des Menschen“ im Sinne einer Erhöhung der menschlichen Leistungsfähigkeit – versprächen. Damit waren die Kognition-, Informations- und Biowissenschaften und deren mögliche Konvergenz erstmals als Themen einer umfassenden wissenschaftspolitischen Strategie angesprochen. Die UNESCO

zeigte sich jedoch in einer Stellungnahme skeptisch gegenüber einer allgemeinen Fokussierung auf nanoskalig, molekular und neuronal orientierte Zukunftsvisionen und auch die 2004 eigens eingerichtete ExpertInnengruppe der Europäischen Kommission grenzte sich von der US-amerikanischen Vision ab. Ihre alternative Formulierung adressierte „Converging Technologies für die Europäische Wissensgesellschaft“ anstelle von „human enhancement“ und sprach von „engineering for the mind“ im Sinne unterstützender Technologien anstelle von „engineering of the mind“ im Sinne einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Menschen.

Überblickt man die derzeitig realisierten technologischen Projekte scheint das Schlagwort der „Converging Technologies“ jedenfalls eher ein visionärer Begriff der Forschungsförderungspolitik zu sein denn eine Beschreibung des aktuellen Forschungs- und Entwicklungsstandes anzubieten. Dementsprechend galt die im Rahmen des international besetzten Workshops angestellte Reflexion den Leitbildern gegenwärtiger Wissenschafts- und Technologiepolitik sowie möglicher zukünftiger wissenschaftlich-technischer Entwicklungen.

Jacqueline Luce (Zeppelin Universität) präsentierte einleitend das NBIC-Projekt und seine Zielsetzung, die gegenwärtige Wissenspolitik mitzuformen. Raoul Kneucker, Mitglied der EU ExpertInnen-Gruppe zu Converging Technologies, betonte die Neutralität des Begriffes und die Unwahrscheinlichkeit dramatischer Neue-

rungen. Dennoch forderte er eine analytische Beobachtung des neuen Forschungsfeldes, eine Berücksichtigung ethischer Fragen und eine Einbindung von juristischen ExpertInnen. Alfred Nordmann, Berichterstatter der EU-ExpertInnen-Gruppe, rückte die gegenwärtige Herausbildung von TechnoWissenschaft als ein Zusammenfallen von Technik und Wissenschaft in den Blickpunkt. Damit sei ein ingenieurwissenschaftliches Paradigma allgegenwärtig, das mit neuen Formen der Wissensproduktion und neuen Steuerungsnotwendigkeiten einhergehe. Andreas Geisler sprach als Vertreter der gastgebenden Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft notwendige Adjustierungen in wissenschaftlichen Ausbildungswegen an: Nicht nur das Interesse und die Grundlagenkenntnis von Natur- und Technikwissenschaften bei SozialwissenschaftlerInnen seien zunehmend gefragt, sondern auch sozialwissenschaftliche Expertise bei Natur- und TechnikwissenschaftlerInnen. Nico Stehr (Zeppelin Universität, Koordinator des NBIC-Projektes) berief sich darauf, dass es unterschiedliche Visionen davon geben könne, wie eine umfassende „Mega-Wissenschaft“ aussehen könne. Dabei seien Klima- und Nachhaltigkeitsforschung gegenwärtig relevanter als wissenschaftliche Großkooperationen rund um die Schwerpunktsetzung „human enhancement“.

Details zu dieser Tagung finden sich unter:
www.converging-technologies.org/workshop-vienna.html.

Helge Torgersen, Karen Kastenhofer

Internet Governance: Selbstregulierung und Selbsthilfe

Die rasante Entwicklung des Internets bringt neben vielen gesellschaftlichen Chancen auch etliche Probleme mit sich. Dazu zählen Spam-Mails, jugendgefährdende Inhalte, gewaltverherrlichende Online-Spiele und Raubkopien. Oft versagen hier die traditionellen staatlichen Regulierungssysteme und es stellt sich die Frage, wie diesen Problemen begegnet werden kann.

Studien belegen die Zunahme von Selbstregulierungsformen im Internet. Internet Service Provider unterwerfen sich Verhaltenskodizes, Meldstellen für illegale Internetinhalte wurden eingerichtet, Qualitätssiegel für Internetseiten, Kodizes für E-Mail-Marketing und Suchmaschinen wurden in EU-Staaten entwickelt. Auch die Internet Content Provider setzen Initiativen. So wurde Mitte der 1990er-Jahre die internationale „Health in the Net Foundation“ gegründet, die sich der Selbstregulierung im sensiblen Bereich der Medizin- und Gesundheitsinformati-

on im Internet widmet. Neben Selbstregulierungsformen durch die Industrie nehmen auch Formen der Selbst-Hilfe durch die individuellen NutzerInnen zu. UserInnen schützen sich und ihre Kinder mit Hilfe von Filtersoftware und Bewertungssystemen vor unerwünschten Inhalten.

Doch können die Chancen und Risiken des Internet reguliert werden? Soll das Internet überhaupt reguliert werden? Welche Möglichkeiten bietet die Selbstregulierung und welche Grenzen hat sie? Diese Fragen wurden in der ExpertInnenkonferenz zur europäischen Medienpolitik, „Mehr Vertrauen in Inhalte: Das Potential von Ko- und Selbstregulierung in den digitalen Medien“ vom 9.-11. Mai 2007 in Leipzig diskutiert. Das ITA erstellte dafür im Auftrag der deutschen EU-Ratspräsidentschaft einen Grundlagenbericht zur Selbstregulierung und Selbsthilfe in der EU.

Selbstregulierung hat gegenüber der staatlichen Regulierung entscheidende Vorteile. Sie kann schneller und flexibler auf akute Probleme reagieren, kostet weniger und grenzüberschreitende Vereinbarungen sind leichter realisierbar. Selbstregulierung birgt jedoch auch Risiken: Es besteht die Gefahr, dass einseitige Interessen auf Kosten der öffentlichen durchgesetzt werden oder demokratische Standards wie die Rechtssicherheit verloren gehen. Oft mangelt es auch an Transparenz und an Offenheit für die Beteiligung aller Stakeholder.

Ex-post-Evaluierungen zeigen, dass Selbstregulierung meist auf die verbandlich organisierte Industriegruppe beschränkt bleibt – wie beispielsweise die Presse, Werbung, ISPs oder Direktvermarkter – und Probleme oft von jenen AkteurInnen verursacht werden, die bewusst außerhalb der etablierten Industrien operieren.

Die Minimierung der Risiken und die Nutzung der Potenziale von Selbstregulierung und Selbsthilfe sind eine zentrale Herausforderung für die Politik. Das dafür notwendige Governance-System ist nicht nur zwischen Staat und Industrie anzusiedeln sondern bewegt sich im regulatorischen Dreieck, das von staatlichen Akteuren, den individuellen Nutzern (Selbsthilfe) und der Industrie aufgespannt wird.

Die Bezeichnung Selbstregulierung ist streng genommen meist eine Fehlbezeichnung, denn die „reine“ Selbstregulierung existiert kaum. In den einzelnen Selbst-Regulierungsarrangements kommt es zu den verschiedensten Kooperationen mit staatlichen Akteuren.

Jedes einzelne Regulierungsproblem verlangt nach einem spezifischen Governancemodell. „One-size-fits-all“ Modelle gibt es nicht. Darüber hinaus verlangen kulturelle Prägungen und unterschiedliche Rechtssysteme der einzelnen Länder nach dementsprechend angepassten Lösungen.

Es gilt den adäquaten Mix zwischen staatlichen und privaten Beiträgen für die Regulierung des Internets zu finden. Dazu bedarf es einer systematischen Hilfestellung, die aus den Ergebnissen der Governanceforschung ableitet wird: eine mehrstufige Leitlinie (Kriterienliste) für die systematische Wahl des jeweils problemadäquaten Governance-Arrangements.

M. Latzer, F. Saurwein, 2007, Vertrauen in die Industrie – Vertrauen in die Nutzer: Selbstregulierung und Selbsthilfe bei digitalen Medieninhalten in der EU. Forschungsbericht des ITA.

www.oeaw.ac.at/ita/latzer/WPISeng.htm

www.vertrauen-in-inhalte.de.

Michael Latzer

Governance von Biotechnologie = Governance wovon?

Am 16. und 17. März fand am Centre Koyré (Centre National de la Recherche Scientifique, CNRS) in Paris die Konferenz „Governing Molecules – Taming Risks. Perspectives on risk research and biotechnology regulation in Europe and the United States“ statt.

Die gemeinsam von Christophe Bonneuil (Centre Koyré, Paris), Pierre-Benoît Joly (Inra-TSV, Paris), Javier Lezaun (Amherst College, USA) und Hans-Jörg Rheinberger (Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin) organisierte Veranstaltung versammelte ExpertInnen zum Thema Biotechnologie aus verschiedenen Na-

tionen, Entscheidungszusammenhängen und Disziplinen. So stand neben dem Vergleich der Regulation von genetisch modifizierten Organismen (GMOs) in den USA und in Europa auch der Umgang mit GMOs in der molekularbiologischen Grundlagenforschung, in der wissenschaftlichen Risikoabschätzung, in Patentierungsverfahren, im internationalen Handel und in Rechtsstreitigkeiten zur Debatte. Ein interessantes Ergebnis der an die Einzelbeiträge anschließenden Diskussionen war die Erkenntnis, dass es in all diesen Produktions- und Aushandlungsprozessen zwar immer um biotechnologische Objekte geht, diese Objekte aber jeweils sehr unterschiedlich verstanden werden. Dies geht so weit, dass die einzelnen Konzeptionen davon, was ein genetisch modifizierter Organismus ist und durch welche wesentlichen Eigenschaften er zu charakterisieren sei, miteinander nicht mehr kompatibel sind. Die Ökologie sieht in einem solchen Organismus etwas wesentlich anderes, als die Molekularbiologie. Internationale Handelsabkommen und nationale Patentrechte sind damit befasst, festzulegen, was denn der Gegenstand ihrer rechtlichen Regulierungen sein soll: Das gentechnologische Verfahren?, Das gentechnologisch hergestellte Genom?, Die transgene Organismenlinie oder die einzelne transgene Pflanze?

Ein plastisches Beispiel für die Notwendigkeit solcher kleinteiliger Bestimmungsprozesse lieferte der Rechtsstreit des Agrobiotech Konzerns Monsanto gegen den kanadischen Landwirt Percy Schmeiser in den Jahren 1998 bis 2004: Herbizidtoleranter Raps einer von Monsanto entwickelten transgenen Sorte hatte sich über Pollenflug von Nachbarfeldern auf die Felder Schmeisers ausgebreitet. Schmeiser fiel die plötzliche Herbizidtoleranz seiner eigenen Pflanzen auf und er säte deren Samen im nächsten Jahr gezielt aus. Monsanto klagte hierauf auf Verletzung des Patentrechtes. Das folgende gerichtliche Verfahren am kanadischen Gerichtshof eröffnete nicht nur die Frage, ob solchermaßen

„unabsichtliche“ Patentrechtsverletzungen gesondert zu behandeln seien, sondern auch, auf welches Objekt sich biotechnologische Patentierungen generell bezögen. Nach der in diesem Fall gültigen kanadischen Rechtsformulierung war nämlich die Erfindung selbst Gegenstand des Patent, und zwar in Bezug auf das Pflanzengewebe und die Pflanzenzellen, während lebende Organismen als nicht patentierbar galten. Der endgültige Beschluss gab dennoch Monsanto's Klage recht. Der Geklagte, so der Urteilsspruch, habe von der Erfindung widerrechtlich Gebrauch gemacht als er den herbizidtoleranten Raps absichtlich vermehrte und anschließend verkaufte. Diese Entscheidung basierte allerdings auf einer ambivalenten Meinungsfrage und einem Abstimmungsresultat von 5 Befürwortungen und 4 Gegenstimmen. Ähnliche Inkompatibilität in der Wahrnehmung von biotechnologischen Entwicklungen findet sich in der Streitigkeit über mögliche Risiken biotechnologischer Nahrungsmittel: Während KritikerInnen reklamieren, dass die biotechnologische Intervention an sich ein Risikopotential eröffne, wird von anderer Seite gefordert, jedes Produkt einzeln zu betrachten und dabei nur die spezifische, hinzugefügte Gensequenz als mögliche Risikoquelle zu berücksichtigen.

Internationale Biotechnologiepolitik steht demnach vor einer schwierigen Aufgabe: Es gilt nicht nur, unterschiedlichste Interessen und Werthaltungen zu berücksichtigen, sondern auch die jeweils sehr diversen Konzeptionen davon, was denn nun der Gegenstand politischer Steuerung ist oder sein soll, zu bestimmen und aufzugreifen. Jede derartige Gegenstandsbestimmung hat ihrerseits wiederum weitreichende Auswirkungen auf zukünftige Aushandlungsprozesse.

Die Liste der Konferenzvortragenden und der Präsentationstitel findet sich unter www.koyre.cnrs.fr/article.php3?id_article=565.

Karen Kastenhofer

Jahrestreffen des Netzwerks TA

Das Jahrestreffen 2007 des deutschsprachigen Netzwerks für Technikfolgenabschätzung NTA fand heuer in Anschluss an die TA'07 (siehe Beitrag Seite 2) in Wien statt.

Das Programm bestand aus vier Teilen. Den Auftakt machte am Vormittag eine Session zur „Hirnforschung als Thema für die TA“. Zwei Experten referierten aus unterschiedlicher Perspektive dazu. Den Auftakt machte *Martin Mayer* vom Institut für Neuroradiologie des Universitätsspitals Zürich. Er informierte das Publikum (darunter auch einige Interessierte von außerhalb der TA-Community) aus naturwissenschaftlicher Sicht über die Möglichkeiten, Grenzen und Risiken der Verwendung bildgebender Verfahren in der Kognitions- und Hirnforschung. Sein Schwerpunkt lag auf einer Darstellung der aktuellen Möglichkeiten, die sich bei näherer Betrachtung mit Blick auf das Scannen und Beeinflussen von Denkvorgängen als noch wenig fortgeschritten erwiesen. *Thorsten Gallert* von der Europäischen TA-Akademie Bad Neuenahr setzte mit einer Zusammenfassung einer jüngst fertig gestellten TA-Studie der Akademie fort und konzentrierte sich auf das, was er als „Neuroethik“ bezeichnete. Er skizzierte einerseits die Grundthemen dieses neuen Faches und gab unter dem Stichwort der „personalen Identität“ Beispiele zu möglichen Auswirkungen von Eingriffen in das Gehirn.

Im zweiten Teil des Jahrestreffens wurde zunächst der vom ITA gemachte Vorschlag für den Call for Papers der nächstjährigen NTA-Konferenz von *Michael Latzer* vorgestellt und diskutiert. Die „NTA3“ wird gemeinsam mit der „TA'08“ vom 4.-6. Juni 2008 in Wien stattfinden. Das vorgeschlagene Thema „Technology Governance“ wurde akzeptiert, über Einzelheiten sowie Titel und Untertitel wird noch im Juni entschieden werden. Weiters berichtete der NTA-Sprecher *Michael Decker* über ein vom ITAS Karlsruhe beantragtes und vom deutschen Wissenschaftsministerium bewilligtes 4-Jahres-Programm für DoktorandInnen im Bereich TA, das unter anderem Reisegelder für die kommenden NTA-Konferenzen abdecken wird. *Stephan Bröchler* berichtete von der im Mai 2007 erfolgten Gründung eines neuen Netzwerks Zukunftsforschung in Salzburg¹, dessen zukünftige Ak-

tivitäten NTA beobachten wird. *Ulrich Riehm* gab einen Kurzbericht über die jüngsten Aktivitäten der Arbeitsgruppe IuK, die derzeit einen DFG-Antrag ausarbeitet, der die Gestaltung eines innovativen NTA-Portals zum Inhalt haben wird.

Am Nachmittag fand zunächst die Gründungssitzung einer neuen NTA-Arbeitsgruppe statt. Über Aufruf von *Michael Decker* und nach einer einleitenden Präsentation von *Knud Böhle* konstituierte sich nach intensiver Diskussion die AG Wikipedia, die es sich zur Aufgabe machen wird, die TA-relevanten Einträge in der deutschen Version der öffentlich zugänglichen Internet-Enzyklopädie kollektiv zu überarbeiten. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass die dort bislang vorzufindenden Artikel zu typischen Stichworten nicht dem Stand der Diskussion entsprechen bzw. vieles fehlt. Das NTA sieht sich nach Ansicht der Gründungsmitglieder in der Verantwortung, dass keine einseitigen oder gar falsche Informationen über TA im Umlauf sind. Aufgrund der hohen Popularität von Wikipedia erscheint es der neuen Arbeitsgruppe essentiell, dort anzusetzen und nicht ein paralleles Angebot (etwa auf den NTA-Internetseiten) aufzubauen. Über die genauere Vorgangsweise wird die neue AG erst noch beraten, nähere Informationen demnächst über die NTA-Liste und die NTA-Webseiten.

Den Abschluss des Jahrestreffens, bereits in deutlich kleinerer Besetzung, bildete eine Arbeitssitzung der AG IuK, die sich den Internetaktivitäten des Netzwerks widmet. Gegenstand war die Diskussion eines Erstentwurfs des geplanten und bereits oben erwähnten Antrags auf Förderung eines innovativen NTA-Portals. Dieses soll in Zukunft netzwerkübergreifende Such- und Informationsdienste anbieten, wobei auch Web 2.0-Funktionalitäten zum Einsatz kommen sollen. Über den zugrunde liegenden Neun-Punkte-Plan haben wir an dieser Stelle ja bereits berichtet (siehe ITA-News Dezember 2006, S. 7).

Homepage des NTA: www.netzwerk-ta.net

¹ Siehe auch www.z-punkt.de/newsletter.html#c1316.

Michael Nentwich

Ist Öffentlichkeitsbeteiligung gleich Öffentlichkeitsbeteiligung?

Nützt die repräsentative Demokratie die Potentiale von Öffentlichkeitsbeteiligung für eine nachhaltige Entwicklung?

Das Lebensministerium hat von 19.-20. April 2007 an Öffentlichkeitsbeteiligung interessierte AkteurInnen eingeladen, über die Zukunft dieser Säule der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik in Wien zu diskutieren. Der von der ÖGUT organisierte Workshop, an dem rund 100 (Praxis-)Akteure teilnahmen begann mit einem „World Cafe“ zum Thema „Kooperation versus Konkurrenz – neue Beziehungsmodelle in der Demokratie“. Es wurden Barrieren und Chancen heutiger Öffentlichkeitsbeteiligung ebenso diskutiert wie die Verbesserungspotentiale des Zusammenspiels von Beteiligung und Politik in der Zukunft. Im Zentrum standen dabei u. a. Verbindlichkeitserfordernisse, Fragen der Eignung solcher Verfahren im Sinne von klaren Grenzen sowie vielfältige Aspekte der Kommunikation.

Diese Aspekte wurden auch in den drei darauf folgenden ExpertInneninputs aufgegriffen. Pablo Schindelmann vom Bayrischen Landratsamt für Umwelt in Augsburg erläuterte die Anforderungen an partizipative Politik und forderte einen Wandel im politischen Denken sowie ein Überdenken der institutionellen Rollenbegriffe. Dabei nahmen die (eigen-)verantwortliche BürgerInnenkommune und der Wandel von Konkurrenz und Kräftespiel hin zu einer „kommunalen Verantwortungsgemeinschaft“ einen zentralen Platz ein. Der bedeutenden Rolle der kommunalen Kommunikation als authentisches Miteinander war der Vortrag von Gabriele Greussing (Gemeindebetreuerin für Klimabündnis Vorarlberg und Gemeindefachwerk „Allianz der Alpen“ und Kommunalpolitikerin) gewidmet. In einem Gespräch mit Manfred Hellrigl vom Büro für Zukunftsfragen der Vorarlberger Landesregierung wurde Partizipation und Demokratie in einen größeren Zusammenhang gestellt aber auch darauf eingegangen, warum manche Teilnahmeverfahren trotz eines breiten Konsens bezüglich ihrer Wichtigkeit nicht gelingen. Lernen geschehe auch entlang von Brüchen sowie stufenweise und gute

Partizipation erfordere einen Paradigmenwechsel im Denken der politisch Verantwortlichen, da die VerfechterInnen der „alten Paradigmen“ (per definitionem) nicht in der Lage seien, das Neue anzunehmen, d. h. Partizipation unter solchen Voraussetzungen müsse zwangsläufig scheitern.

Am zweiten Tag wurden die neuen Entwicklungen der e-Partizipation von Oliver Märker (Zentralrat e.V., Berlin) präsentiert und verschiedene Projekte u. a. aus Perspektive der Qualitätssicherung der Öffentlichkeitsbeteiligung analysiert. Das Programm wurde am Vormittag durch eine Kombination aus kurzen Vorträgen der Projektzuständigen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft und Diskussionen im Rahmen von kleinen Arbeitsgruppen fortgesetzt. Die Veranstaltung gab damit die Möglichkeit für einen intensiven Informationsaustausch zwischen den TeilnehmerInnen. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen folgende Fragen:

Was wird heute unter dem Begriff der Partizipation verstanden? Worum geht es bei Partizipation in Gemeinden, Städten und Regionen in Mitteleuropa? Wer beteiligt sich in der Öffentlichkeitsbeteiligung? Wie wird die Öffentlichkeit zur Beteiligung motiviert? Welche Beziehung besteht zwischen Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung? Was ist die Beziehung zwischen Verwaltung, Administration und Öffentlichkeit? Welchen Einfluss haben neue Partizipationsmethoden oder die Anwendung elektronischer Partizipation auf die Entscheidungsqualitäten? Wie fließen die Ergebnisse in die Politik ein? Wie kann Partizipation die Entscheidungsfindungsprozesse beeinflussen und in welchen Strukturen manifestiert sich dies? Gibt es Beispiele für Best Practice? Wo besteht Handlungsbedarf?

Die Veranstaltung endete mit Vorschlägen der TeilnehmerInnen zu konkretem Handlungsbedarf für die Verankerung von Öffentlichkeitsbeteiligung.

Information: www.partizipation.at/500.html.

Mahshid Sotoudeh, Ulrike Bechtold

Publikationen der letzten 3 Monate

Referierte Artikel

Latzer, Michael, 2007, *Regulatory Choice in Communications Governance*, in: *European Journal of Communication*, Vol. 22 (3), in print.

Artikel/Buchbeiträge

Aichholzer, G., 2007, *Österreichs Wandel zur Informationsgesellschaft*. Rezension von: Michael Mesch (Hrsg.), *Der Wandel der Beschäftigungsstruktur in Österreich. Branchen – Qualifikationen – Berufe*. LIT Verlag, Wien/Münster 2005. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 33 (1), 122-127.

Latzer, Michael, 2007, *Globalisierung und Multilevel-Governance am Beispiel des konvergenten Mediamatik-Sektors*, in: Decker, M. (Hg.): *Technology Assessment in der Weltgesellschaft*, Berlin: Signum, in print.

Peissl, W., 2007, *ICT and Privacy in Europe*. Abschluss der ersten EPTA-Studie in: *Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis*, Nr. 1, 16. Jahrgang – März 2007, 70-73.

Forschungsberichte

Michael Latzer, Florian Saurwein, 2007, *Vertrauen in die Industrie – Vertrauen in die Nutzer: Selbstregulierung und Selbsthilfe bei digitalen Medieninhalten in der EU*. Forschungsbericht für die AG3 der Expertenkonferenz zur Europäischen Medienpolitik: „Mehr Vertrauen in Inhalte. Das Potential von Ko- und Selbstregulierung in den digitalen Medien“.

Konferenzbeiträge/Vorträge

Aichholzer, G., 2007, *E-Democracy: Internationale Partizipationsformen und Evaluierungsaspekte*, AG E-Democracy & E-Participation, Bundeskanzleramt, Wien, 7.05.

Aichholzer, G., 2007, *Technology Assessment of ICT in Public Administration*, Universität Salzburg, 13.06.

Bogner, A., 2007, *Ethik statt Technology Assessment?*, Vortrag am Ludwig Boltzmann Institut für Health Technology Assessment, 20.03., Wien.

Bogner, A., 2007, *Risikokommunikation in den Naturwissenschaften*, Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Chemie und Gesellschaft“ an der TU Graz, 3.05., Graz.

Bogner A., 2007, *Interdisziplinarität live: Technikbewertung als kommunikativer Prozess in Ethikkommissionen*, TA'07 Technikfolgenabschätzung zwischen Inter- und Transdisziplinarität, 4.06., Wien.

- Kastenhofer, K. und Wehling, P., 2007, *Epistemic cultures, non-knowledge and GMO risk assessment in Germany, Governing Molecules – Taming Risks. Comparative perspectives on risk research and biotechnology regulation in Europe and the United States*, 16.03., Paris, Centre Koyré.
- Kastenhofer, K., 2007, *Epistemic cultures and societal decision processes on new technologies: science-based controversies or scientifically framed conflicts of interest?*, Knowledge Politics, Science-Based Controversies, and Democracy (IUC course and conference), 24.04., Dubrovnik, Inter-University Centre.
- Kastenhofer, K., 2007, *Converging Epistemic Cultures? Scientific Cultures of Non-Knowledge*, Converging Science and Technologies: Research Trajectories and Institutional Settings, 15.05., Wien.
- Kastenhofer, K., 2007, *Zwischen „schwacher“ und „starker“ Interdisziplinarität: Die Notwendigkeit der Balance epistemischer Kulturen in der Sicherheitsforschung zu neuen Technologien*, TA'07 Technikfolgenabschätzung zwischen Inter- und Transdisziplinarität, 4.06., Wien.
- Latzer, Michael, 2007, *Trust in the Industry – Trust in the Users. Self-regulation and Self-help in the Context of Digital Media Content in the EU*, EU-Media Expert Conference: More Trust in Content, Leipzig, May 9-11, Germany.
- Ornetzeder M., 2007, *Alte Wege für neue Ziele? Überlegungen zu Stärken und Schwächen, methodischen Ähnlichkeiten und ungenutzten Potenzialen von CTA und Lead-User-Methode*, TA'07 Technikfolgenabschätzung zwischen Inter- und Transdisziplinarität, 4.06., Wien.
- Sotoudeh, M., 2007, *Zementierte Interdisziplinarität in der TA*, TA'07 Technikfolgenabschätzung zwischen Inter- und Transdisziplinarität, 4.06., Wien, <http://www.oeaw.ac.at/ita/ta07/abstracts.htm#sotoudeh>, <http://www.oeaw.ac.at/ita/ta07/>.

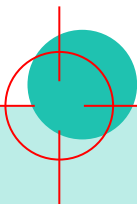
Sonstiges/Kurzbeiträge

- Bogner, A., 2007, *Aufklärung ist eine harte Erfahrung*. Alexander Bogner, Experte für Technikfolgenabschätzung, und der Mikrobiologe Hermann Katinger im Gespräch über den medizinischen Einsatz von Gentechnik. In: Der Standard, 26.02., 20.
- Bogner, A., 2007, *The Value(s) of Technology: Dealing with Divergence*, in: Asset One (ed.): *Conceptions of the Desirable. What Cities ought to know about the Future*. Wien/New York: Springer, 41.

Aktuelle Buchpublikationen des ITA

- Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive.*
Langenbacher W., Latzer M. (Hg.),
2006, Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden
- Handbuch Strategische Umweltprüfung – Die Umweltprüfung von Politiken, Plänen und Programmen. 4. Ergänzungslieferung Mai 2006*
Nentwich M., (Hg.), Kerstin Arbter K.,(Bearbeiterin)
Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Wien
- Leitfaden Partizipativer Verfahren. Ein Handbuch für die Praxis.*
Steyaert S., Lisoir H., Nentwich M. (Hg.)
2006, Flemish Institute for Science and Technology Assessment,
König-Baudouin-Stiftung, Institut für Technikfolgen-Abschätzung:
Brüssel/Wien
- Technikfolgenabschätzung in der österreichischen Praxis.*
Festschrift für Gunther Tichy.
Nentwich M., Peissl W. (Hg.)
2005, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Wien
- Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik.*
Bogner A., Torgersen H. (Hg.)
2005, Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden
- Grenzpolitik der Experten. Vom Umgang mit Ungewissheit und Nichtwissen in pränataler Diagnostik und Beratung.*
Bogner A.
2005, Verlag Velbrück Wissenschaft: Weilerswist

Nähere Informationen unter: <http://www.oeaw.ac.at/ita/books.htm>



Konferenz: 25. September 2007, 9:30–20:00 Uhr

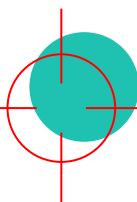
Workshop und Podiumsdiskussion Risikogovernance der Nanotechnologien: Der internationale Stand

Österreichische Akademie der Wissenschaften
Aula der Wissenschaften
A-1010 Wien, Wollzeile 27a/Bäckerstraße 20



OAW ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG



ITA-Seminar: 9. Oktober 2007, 16:00–18:00 Uhr

DI Dr. Kerstin Arbter

Technisches Büro für Landschaftsplanung (Büro Arbter)

Mag. Rita Trattnigg,

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft (BMLFUW)

„Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung – Auf dem Weg zur guten Praxis“

Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5

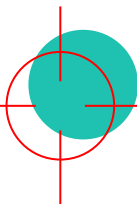
Um Anmeldung wird gebeten: per E-Mail: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588



OAW ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG





ITA-Seminar: 13. November 2007, 16:00–18:00 Uhr

Univ.-Prof. Dr. Andreas Wiebe

Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Bürgerliches Recht,
Handels- und Wertpapierrecht, Abteilung für Informationsrecht
und Immaterialgüterrecht

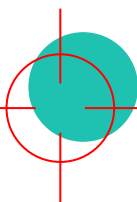
„Datenbankrecht“

Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5
Um Anmeldung wird gebeten: per E-Mail: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588



OAW ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG



ITA-Seminar: 11. Dezember 2007, 16:00–18:00 Uhr

Univ.-Prof. Dr. Ina Wagner

Institut für Gestaltungs- und Wirkungsforschung,
Multidisciplinary Design Group, TU Wien

„Artefakte und ihre Rolle für Kooperation und Koordination in der Krankenhausarbeit“

Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5
Um Anmeldung wird gebeten: per E-Mail: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588



OAW ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG



Die **ITA** News

werden herausgegeben vom Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ITA). Für weiterführende Fragen zu den in dieser Ausgabe behandelten Themen und zur Technikfolgen-Abschätzung im Allgemeinen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA)
der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
A-1030 Wien, Strohgasse 45/5/3. Stock
Tel.: +43-1-515 81/6582, Fax: +43-1-710 98 83
E-Mail: tamail@oeaw.ac.at, <http://www.oeaw.ac.at/ita>

Leiter des Instituts:

Univ.-Doz. Mag. Dr. Michael NENTWICH...DW 6583.....mnent@oeaw.ac.at

Mitarbeiter:

Dr. Georg AICHHOLZER.....DW 6591aich@oeaw.ac.at
Mag. Dr. Ulrike BECHTOLDDW 6593.....ubecht@oeaw.ac.at
Dipl.Soz.Dr. Alexander BOGNERDW 6595.....abogner@oeaw.ac.at
Mag. Ing. Johann ČASDW 6581jcas@oeaw.ac.at
Mag. Dr. Karen KASTENHOFERDW 6580.....kkast@oeaw.ac.at
Univ.-Doz. Mag. Dr. Michael LATZERDW 6592.....latzer@oeaw.ac.at
Lisa NOVARNYOVSKYDW 6582.....lnovy@oeaw.ac.at
Mag. Dr. Michael ORNETZEDER.....DW 6589.....ornetz@oeaw.ac.at
Mag. Dr. Walter PEISSL.....DW 6584.....wpeissl@oeaw.ac.at
Beate SCHLEIFERDW 6587.....tamail@oeaw.ac.at
DI Dr. Mahshid SOTOUDEHDW 6590.....msotoud@oeaw.ac.at
Sabine STEMBERGERDW 6586.....sstem@oeaw.ac.at
Dr. Helge TORGERSENDW 6588.....torg@oeaw.ac.at
Mag. Roman WINKLER.....DW 6585.....rwinkler@oeaw.ac.at

E-Mail-Newsservice: Wenn Sie an Berichten, Newslettern, Veranstaltungshinweisen etc. interessiert sind, abonnieren Sie sich bitte mit einer kurzen Mail an majordomo@oeaw.ac.at mit folgendem Text:
„subscribe itanews Ihre@email.adresse“.

Impressum:**Medieninhaber:**

Österreichische Akademie der Wissenschaften
Juristische Person öffentlichen Rechts (BGBl 569/1921
idF BGBl I 130/2003)
Dr. Ignaz Seipel-Platz 2, A-1010 Wien

Herausgeber:

© Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA)
Strohgasse 45/5, A-1030 Wien
Alle Rechte vorbehalten.

Der ITA-Newsletter erscheint viermal jährlich und enthält Informationen über nationale und internationale Trends in der Technikfolgen-Abschätzung, ITA-Forschungsprojekte, Publikationen der ITA-MitarbeiterInnen und ITA-Veranstaltungen. Das ITA verfolgt mit diesem periodischen Medium das Ziel, wissenschaftliche Zusammenhänge zwischen Technik und Gesellschaft einem breiten LeserInnenkreis zugänglich zu machen.